Die Herausforderung Lateinamerika : zur Kritik des Demokratiebegriffs in der Transitionsforschung

Autor(en): **Burchardt, Hans-Jürgen**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **28 (2008)**

Heft 55

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652594

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hans-Jürgen Burchardt

Die Herausforderung Lateinamerika

Zur Kritik des Demokratiebegriffs in der Transitionsforschung

Seit der Jahrhundertwende befinden sich die Demokratien Lateinamerikas in einem profunden Wandel. Ein wichtiger Grund dieser neuen Dynamiken ist die politische Bedeutungszunahme der 'sozialen Frage', die bisher nur unbefriedigend bearbeitet wurde. Zwar wird die ab 1979 einsetzende Re-Demokratisierung der Region meist als erfolgreich bewertet. Doch die „demokratischste Region der Dritten Welt" (Linz/Stephan 1996) leidet bis heute unter einer beachtlichen sozialen Schlagseite. Denn es ist in fast drei Dekaden nicht gelungen, das Mehr an politischer Mitbestimmung in ein Mehr an gesellschaftliche Teilhabe zu verwandeln. Dies stellt auch die Demokratieforschung vor neue Fragen.

Die einschlägigen Analysen der lateinamerikanischen Demokratien werden seit den 1990er Jahren von dem *regime analysis approach* dominiert, der sich im deutschsprachigen Raum als *Transitionsforschung* etablierte (Schmidt 2000). Dieser Ansatz fokussiert institutionelle Faktoren und orientiert sich normativ an den Erfahrungen und Werten westlicher Demokratien (Ackerman 2006; Lynn Karl 1996). Basierend auf einem liberaldemokratischen Verständnis, welches vom Primat individueller Freiheit und politisch-rechtlicher Gleichheit ausgeht, wird dabei über das eindimensionale und elitäre Demokratiekonzept von Schumpeter (1942) und dem Polyarchie-Begriff von Dahl (1971; 1989) einem unterkomplexen Konzept von Demokratie und öffentlicher Sphäre universelle Geltungskraft zugesprochen. Die Dimensionen der staatlichen Souveränität sowie der Rechtsstaatlichkeit werden vernachlässigt und neben dem institutionellen Design ein Fokus auf Wahlen gesetzt. Als die relevanten politischen Akteure werden Eliten sowie Regierungen und Parteien identifiziert. Wie so häufig beruht der Erfolg auch dieses Ansatzes wohl auf seiner Schlichtheit: So ist es den Transitionsanalysen gelungen, den Demokratisierungsgrad von Regimen quantitativen und vergleichenden Untersuchungen breit zugänglich zu machen und ein weites Feld von wissenschaftlichen Forschungs- sowie politischen Handlungsoptionen zu erschließen (Diamond et al. 1995; Lauga 1999; Linz/Stepan 1996). Dementsprechend wurde darauf hingewiesen, dass die oft implizit vorausgesetzte Annahme der Transitionsforschung, dass freie Wahlen und ein adäquates Institutionengefüge fast linear in eine Demokratisierung münden, in der Realität kaum vorzufinden ist.

Die Vertreter des Transitionsansatzes haben sich von solchen Kritiken bisher nur wenig beeindrucken lassen. Auch das 2002 im renommierten *Journal of Democracy* erstmals ausgerufene Ende des Paradigmas mündete eher in vielfältige Rehabilitationsversuche als in eine Debatte um mögliche Alternativen (Carothers 2002a; 2002b; Hyman 2002; Nodia 2002; O'Donnell 2002; Wollack 2002). Meistens wurden die Befunde um die Demokratiedefizite mit dem Hinweis gekontert, dass das für demokratische Regime erforderliche institutionelle setting noch nicht vollständig entfaltet sei. Daran schließt oft das Postulat für weitere Maßnahmen wie Verwaltungsmodernisierung und -kontrolle, Rechts- und Steuer- und Sozialsystemreformen, Dezentralisierung etc. an (Munck 2004; Thiery 2006).

Gelegentlich wurde auf Kritik auch mit einer Verfeinerung des methodischen Instrumentariums reagiert, die auf verschiedene Weise die demokratische Qualität der untersuchten Regime stärker ins Blickfeld nahm. Neben nordamerikanischen Versuchen in diese Richtung (O'Donnell et al. 2004) ist für den deutschsprachigen Raum insbesondere auf den Ansatz der *defekten Demokratien* zu verweisen (Merkel et al. 2003; 2006). Referenzpunkt bleibt hierbei der OECD-Idealtyp der *embedded democracies*, die einen souveränen Territorialstaat, eine (kapitalistische) Marktwirtschaft sowie ein Mindestmaß an Säkularisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, des Rechtssystems und des Staates voraussetzen und sich durch das funktionierende Zusammenspiel der Subsysteme Wahlregime, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, horizontale Gewaltenkontrolle und effektive Regierungsgewalt auszeichnen.

Ein weiterer Beitrag, die demokratischen Defizite Lateinamerikas innerhalb der Transitionsforschung zu erklären, besteht in der Ergänzung des Polyarchie-Begriffs um die Dimension der Rechtsstaatlichkeit als konstitutives Element von Demokratie (O'Donnell 1999b). Dabei wird das Rechtssystem (*rule of law*) nicht nur als Garant bestimmter politischer Rechte angesehen. Vielmehr ist es auch Ausdruck von Gleichheit zwischen Individuen nicht nur als Individuen, sondern als legale Personen und konsequenterweise somit als Bürger (*citizen*). Citizen sind Träger von Rechten und Pflichten, die von ihrer Teilnahme in einem politischen System herrühren, ihnen einen gewissen Grad an Autonomie garantieren, sie aber auch verantwortlich für ihre Taten machen (O'Donnell 1998a; 1999a).

Nach diesem Verständnis steht in Lateinamerika einer mehr oder weniger effizienten Einführung von Polyarchie eine sehr unvollständige Einführung von Bürgerrechten gegenüber. Diese schwach ausgeprägten Bürgerrechte *(low-intensive-citizenship)* korrelieren mit extensiver Armut, extremen Einkommensdisparitäten und anderen Formen von Diskriminierung, da Ungleichheit und Armut die Entstehung von autoritären Beziehungen fördert. Die elementare Einschränkung der Bürgerrechte erlaubt

wiederum Eliten eine Herrschaftsausübung, die einige Bevölkerungsgruppen faktisch von politischer Partizipation ausschließt und erklärt so die Existenz der „low-quality-democracies" (O'Donnell 1998a; 1998b).

Eine vollständige Entfaltung der Demokratien würde hingegen eine universalistische Umsetzung von formaler Rechtsgleichheit voraussetzen, die sich als demokratische Rechtsstaatlichkeit artikuliert und sich neben der Habermas'schen vierten Rechtsdimension der staatlichen (Selbst-) Beschränkung durch Verlässlichkeit und überprüfbarer Verantwortlichkeit (*accountability*) auszeichnet (O'Donnell 1999b; Peruzzotti/Smulovitz 2002; Przeworski et al. 1999). Mit dieser definitorischen Dehnung und dem darauf aufbauenden Konzept der *low-intensive-citizenship* gelingt es, das unterkomplexe Demokratieverständnis des Polyarchie-Begriffs um eine soziale Dimension zu erweitern, ohne das methodische Grundgerüst der Transitionsforschung zu verlassen. Inwieweit diese Vorgehensweise dem Wunsche methodischer Klarheit geschuldet ist, eine Ehrenrettung der Transitionsanalyse intendiert oder doch erkenntnistheoretischen Mehrwert generiert, mag weiteren Diskussionen vorbehalten bleiben.

Die Grenzen der Transitionsforschung

In den letzten Jahren ist in den Demokratien Lateinamerikas das Bewusstsein darüber gewachsen, dass sich das Heilsversprechen „Je demokratischer, desto sozial gerechter, und je gerechter, desto demokratischer" (Merkel/Krück 2003: 9) *nicht* verwirklichte. Denn es war in mehr als zwei Dekaden Demokratie nicht gelungen, die extremen sozialen Ungleichheiten von Einkommen, Reichtum sowie generellen Lebenschancen auf dem Subkontinent abzubauen. Entgegen transitionsanalytischen Annahmen hat seit dem Demokratisierungsbeginn in vielen lateinamerikanischen Ländern die soziale Ungleichheit sogar zugenommen. Lateinamerika ist bis heute der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Dabei sind nicht nur dramatische Einkommensdisparitäten zu benennen, sondern zusätzlich ungleiche Zugänge zu Basisgütern wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Elektrizität oder Telekommunikation (CEPAL 2007).

Die sozialen Ungleichheiten Lateinamerikas zeichnen sich durch eine überproportional hohe Einkommenskonzentration im obersten Dezil der Verteilung aus (de Ferranti et al. 2004). Verschärft wurde die Ungleichheit noch durch einen signifikanten Anstieg der Armut, bei dem in mehreren Ländern auch beachtlichere Teile der Mittelschichten pauperisierten. 2005 lebten mehr als 40 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (CEPAL 2006; World Bank 2006). Zwar lässt sich in den letzten Jahren in einigen Ländern erstmals ein leichter Rückgang von Armut und Ungleichheit konstatieren, dieser ist allerdings ausgeprägter in Demokratien vorzufinden, die von dem liberalen Modell abweichen (CEPAL 2007).

Diese Zustände machten die soziale Frage im demokratisierten Lateinamerika, welches seit Mitte der 1990er Jahre mustergültige Rankings auf allen bedeutenden Messindizes zu Demokratie bekommt (Wehr 2006), wieder virulent. So kommt eine umfangreiche Erhebung und Analyse des UNDP über die lateinamerikanischen Demokratien zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Schluss, dass die Vernachlässigung der sozialen Dimensionen der Demokratien zunehmend deren Legitimation untergräbt. Das UNDP glaubt ein spezifisches „lateinamerikanisches Dreieck" auszumachen, welches sich durch soziale Ungleichheit, Armut und Wahldemokratie auszeichnet (PNUD 2004a). Überraschend ist weniger dieser Befund als seine Bewertung, die das UNDP danach von renommierten Demokratietheoretikern durchführen ließ (PNUD 2004b). Denn auch hier werden trotz der Problematisierung sozialer Ungleichheiten die augenscheinlichen Inkonsistenzen der Transitionsforschung nicht hinterfragt.

Was der Theorie noch Schwierigkeiten bereitet, setzte sich in der Praxis wesentlich rascher durch: Ihre Virulenz katapultierte die soziale Frage während der letzten Jahrhundertwende auf die politische Agenda Lateinamerikas. Sie war dabei nicht ausschließlich, aber doch im bemerkenswerten Umfang für einen weiteren Trend der Region verantwortlich: die profunde Krise der repräsentativen Demokratie. Ihren ersten politischen Ausdruck fand diese Krise mit dem Wahlsieg von Húgo Chávez 1998, der für seinen Aufruf, die einstige 'Musterdemokratie' Venezuela abzuwählen, die breite Unterstützung der Massen erhielt. Die Krise der Repräsentation setzte sich dann über zahlreiche Regierungswechsel zugunsten von Parteien mit einer stärkeren Sensibilität gegenüber der sozialen Frage in der ganzen Region fort und fand ihre bisher prägnanteste Ausprägung in den Andenländern (Mainwaring 2006). Neben dem ungelösten Problem der sozialen Frage führen bisherige Analysen meistens einen rasanter Vertrauensverlust der Bürger in die traditionellen Parteien und politischen Eliten sowie die oft mangelnde demokratische Qualität der bestehenden Repräsentanz und Institutionen als Gründe für diese politische Zäsur an (Dirmoser 2005; Hagopian/Mainwaring 2005; Nolte 2005).

Das Bemerkenswerte an dieser gelegentlich als 'Linkswende' beschriebenen Verschiebung der Kräftekonstellationen ist nicht der Wahlerfolg von Regierungen, die sich mehr für soziale Belange einsetzen wollen. Vielmehr ist mit diesem politischen Erdrutsch oft auch eine recht vehemente Kritik an dem bisherigen liberalen Demokratieverständnis verbunden. Deutlich machen dies die indigenen Bewegungen, die seit dem letzten Jahrzehnt in der Region zu einer einflussreichen sozialen Bewegung heranwuchsen und heute eine feste politische Größe in Lateinamerika sind. Diesen Bewegungen geht es weniger um eine ethnische Aufladung der repräsentativen Demokratie, sondern vielmehr um neue Politikmuster und -praxen, die stärker auf autochthonen Erfahrungen und kultureller Diversität basieren und als Weiterentwicklung der bisherigen Demokratiemodelle verstanden werden können (Madrid 2005; Van Cott 2005; Yashar 1999).

Derartige Entwicklungen werden aus demokratietheoretischer Perspektive oft mit Besorgnis beobachtet: So entstand in den letzten Jahren eine Debatte darüber, welche der neuen lateinamerikanischen Regierungen Reformpotential für eine demokratische Vertiefung eröffnen und welche eher die Möglichkeit auf autoritäre Regressionen erhöhen (Dirmoser 2007; Vilas 2005). Sind die dabei verwendeten Bewertungskriterien transitionsanalytisch inspiriert, ist das Ergebnis der Analyse wenig erstaunlich: Die neuen Regimevarianzen, die bisher den liberaldemokratischen Rahmen nicht verlassen wie Brasilien und Chile weisen positive Entwicklungspotentiale auf, während in Ländern wie Venezuela und Bolivien zunehmend der demokratische Charakter der Regime hinterfragt wird (BTI 2007).

Mit diesem Vorgehen zeichnet sich die Transitionsforschung bei ihren Betrachtungen der lateinamerikanischen Wirklichkeiten durch eine zweifache Blindheit aus: Zwar ist sie zum einen in der Lage, Abweichungen vom früheren status quo der repräsentativen Demokratien präzise zu benennen. Sie ignoriert allerdings, dass die von ihr identifizierten Abweichungen in der Regel erst die Antwort auf gescheiterte Prozesse demokratischer Repräsentanz waren. Mit dieser Verwechselung von Ursache und Wirkung versperrt sich die Transitionsanalyse nicht nur die Möglichkeit, die Ineffizienzen oder gar das Scheitern von liberaldemokratischer Repräsentanz zu analysieren.

Zum anderen verstellt die Transitionsforschung den Blick auf wichtige Veränderungen der neuen politischen Verfasstheit in denen von ihr betrachteten Regimen. Dies wird an einer tiefer gehenden Analyse der Kategorie des (neuen) *Populismus*, der von ihr heute oft wieder zur Beschreibung des Verlustes demokratischer Qualität verwendet wird, deutlich. Populismus sieht als Ausdruck von Anti-Institutionalismus, Personalismus und Paternalismus verregelte Verfahren, politische Institutionen und intermediäre Organisationen oft als lästig an (Boeckh 2001; 2003). Das macht ihn für die Transitionsforschung suspekt bis bedrohlich. Zweifelsohne hat Populismus durch die von ihm geförderte Schwächung von demokratischen Institutionen sowie einer Konzentration der Entscheidungsgewalt auf eine charismatische Führung und deren Exekutive einen Hang zum Autoritarismus. Diese Gefahr darf nie unterschätzt werden.

Allerdings ist Populismus auch eine Politikform, der es gelegentlich gelingt, über Antikonformismus, über die Beschwörung eines imaginären Kollektivs und über die Begründung eines neues Projektes gesellschaftliche Krisen zu bewältigen und ein neues soziales und politisches Gleichgewicht zu schaffen (Aibar Gaete 2007; Arditi 2005). Der Populismus stellt darum heute in einigen Ländern Lateinamerikas die politische Kommunikation zwischen Regierenden und den Regierten her, die die repräsentative Demokratie nicht mehr gewährleisten konnte. Er kann somit auch zum Vehikel einer breiten politischen Mobilisierung werden und theoretisch in eine Ausweitung demokratischer Rechte münden. Die transitionsanalytische

Übung, liberaldemokratische Politiken einem neuen Populismus gegenüberzustellen, ist darum falsch ausgerichtet. Sie verwechselt Form und Inhalt: Populismus hat weder eine originäre Idee noch eine universelle Theorie oder gar ein bestimmtes Menschen- und Gesellschaftsbild. Er artikuliert vielmehr den Willen, das Gemeinwohl neu zu definieren und ist regimeneutral: Gedieh er früher oft in autoritären Systemen, legitimierte er in den 1980er Jahren in Lateinamerika z.B. neoliberale Strukturanpassungen innerhalb der demokratischen Regime (Weyland 1999).

Der zentrale Punkt bei der analytischen Betrachtung von Populismus ist vielmehr, dass die durch den Populismus geförderte politische Mobilisierung nicht mit politischer Partizipation selbst verwechselt werden darf. Denn letztere setzt nicht nur eine gewisse Mobilisierung und Mitbestimmung voraus, sondern auch formale Prozedere und institutionelle Verregelungen, um sich universell abzusichern. Die Frage der Demokratie in Ländern mit (neo-)populistischen Politiken ist also nicht die Frage nach der Existenz von Populismus, sondern nach der Konvergenz zwischen Mobilisierung und Partizipation. Die in vielen Ländern hier existierende Gemengelage lässt oft noch keine eindeutigen Aussagen zu diesen Entwicklungen zu. Um mehr Klarheit zu erlangen, müssten allerdings auch die politischen Mobilisierungsformen, niedrigschwellig institutionalisierte Partizipationsformen und subalterne Akteure und Öffentlichkeiten stärker in den Blick der Forschung genommen werden.

Auch die wirkungsmächtig werdenden autochthonen Demokratievorstellungen und Partizipationspraxen der indigenen Bewegungen stellen die Demokratieforschung vor neue Fragen. Mit der Bedeutungszunahme kultureller Differenzen und historisch-spezifischer Rahmenbedingungen, die nicht nur auf die politische Kultur, sondern auch auf das institutionelle setting von Demokratie durchschlagen, wird die Idee des Universalismus des transitionsanalytischen Demokratieverständnisses hinterfragt (Carothers 2002a; Pickel/Pickel 2006; Ruíz Murrieta 2003).

Demokratie neu denken?

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse zusammen: Die Transitionsforschung macht mit ihrem unterkomplexen Demokratiebegriff liberaldemokratische Regime zwar empirischen und insbesondere quantitativen Erhebungen zugänglich, sie kann aber wichtige Evidenzen der relativ entfalteten Demokratien Lateinamerikas weder ausreichend erfassen noch erklären. Zusätzlich werden von dort zentrale normative Grundannahmen wie ihr okzidentales Referenzsystem – O'Donnell (2004, 72) spricht hier von "*originating countries*" – und ihr universalistischer Anspruch in Frage gestellt. Weiterhin stehen einige ihrer methodischen Vorannahmen wie die Idee einer linearen Verlaufsform der Demokratisierungsprozesse mit Demokratie als statischem Endprodukt auf dem Prüfstand. Lateinamerikas

politische Wirklichkeit setzt darum eine Re-Artikulierung der methodischen und theoretischen Ansätze auf die Forschungsagenda der Demokratieforschung. Besonders dringlich scheint hierbei eine Neubestimmung der Interdependenzen zwischen Politik und den ökonomisch-sozialen Determinanten demokratischer Entwicklung zu sein.

In bezug auf die ökonomische Sphäre wird von der Transitionsforschung meist implizit vorausgesetzt, dass demokratische Regime durch freie Märkte gefördert werden und diese wiederum zu Wohlstand führen. Demokratie wird entsprechend den Erfahrungen der OECD-Länder mit Wirtschaftswachstum und steigenden Lebensstandards assoziiert. Eine Stilisierung dieses Verständnisses prägt der Begriff 'Marktdemokratie' (exemplarisch: BTI 2005). Empirische Befunde belegen allerdings eine äußerst schwache Konvergenz zwischen ökonomischer und politischer Liberalisierung während der Re-Demokratisierung Lateinamerikas (Evans 1995). Und in bezug auf die Konsolidierung und Vertiefung der Demokratien scheint die Marktwirtschaft bisher eher kontraproduktive Einflüsse gehabt zu haben: Die ab den 1980er Jahren implementierten neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen führten in den meisten Ländern der Region zu einer drastischen Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut sowie zu einer deutlichen Verschlechterung und Informalisierung der Arbeitsbeziehungen (Harvey 2005). Die Folge war oft eine soziale Fragmentierung sowie ein Einflussverlust politischer Verbände von subalternen Interessen (Portes/Hoffmann 2003), was wiederum für größere Bevölkerungsteile die Wahrnehmungschancen auf politische und zivile Rechte einschränkte (PNUD 2004a).

Weiterhin gingen die neoliberalen Strukturanpassungen oft mit einer Schwächung der Nationalstaaten einher, die mit ihrem Autoritätsverlust auch an territorialer Souveränität einbüssten und somit die bis heute zentrale Bezugseinheit von Demokratie erodierten (Burchardt 2004). Und auch der mit der ökonomischen Liberalisierung stattfindende wachsende Einfluss oft potenter internationaler Akteure und Institutionen wie Entwicklungsagenturen, dem IWF oder die globalen Finanzmärkte hinterfragt oder untergräbt bereits das Gewicht lokaler politischer Mitbestimmungsrechte (Petras/Veltmeyer 2000; PNUD 2004a; Whitehead 1996). Demokratie und Markt sind also nicht zwangsweise synergetisch, sondern können ebenso gut widersprüchlich zueinander stehen.

Noch deutlicher wird die Notwendigkeit, in die Demokratietheorie ökonomisch-soziale Komponenten zu reintegrieren, wenn wir die sozialen Dimensionen der lateinamerikanischen Demokratien betrachten. Wie schon ausgeführt, hat sich das Motto 'je demokratischer, desto sozial gerechter' dort ins Gegenteil verkehrt. Aktuelle, außerhalb der OECD erhobene Daten bestätigen diesen Befund und zeigen, dass auch innerhalb von Demokratien Umverteilungspolitiken nicht selten dazu tendieren, existierende Ungleichheiten zugunsten der Privilegierten zu vergrößern anstatt diese abzubauen.

Es gibt bereits Ansätze, die sich dieser Herausforderung methodisch und theoretisch stellen. Die vermutlich wichtigsten Versuche, die liberale Demokratietheorie um eine ökonomisch-soziale Dimension zu erweitern, gehen auf Amartya Sen und John Rawls zurück. Sen (2003) schreibt in seinen entwicklungsökonomischen Betrachtungen ökonomischen Verfügungsrechten (*entitlements*), sozialen Chancen (*opportunities*) sowie sozialen Kompetenzen (*capabilities*) die Funktion zu, die Umsetzung des liberalen Primats der individuellen Freiheit zu gewährleisten. Für die Verteilung dieser Zugangsrechte und Chancen sind vor allem die ökonomische Grundausstattung, die Tauschbedingungen sowie legal verfasste Ansprüche verantwortlich; eine demokratische Politik und Kultur bieten für Sen dafür den am besten geeigneten Handlungsrahmen. Mit diesem Ansatz wird unterstrichen, dass die Existenz legal verfasster Zugangsrechte allein nicht ausreicht, um auch die Inanspruchnahme dieser Rechte zu garantieren.

Rawls (2001; 2007) lagert in seiner liberalen politischen Philosophie dem Primat der individuellen Freiheit und politisch-rechtlichen Gleichheit die Dimension einer 'fairen Chancengleichheit' an. Ähnlich wie bei Sen liegt dieser Bemühung die Erkenntnis zugrunde, dass soziale sowie andere Faktoren die individuelle Chancenwahrnehmung beeinflussen und ggf. soziale Ungleichheit perpetuieren oder gar vergrößern können. Deshalb ist es erforderlich, soziale und demokratische Regelinstanzen zu schaffen, die Verfahrensgerechtigkeit gewährleisten und für Gerechtigkeit als Fairness sorgen. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind für Rawls als Differenzprinzip dann akzeptabel, wenn sie mit demokratisch erreichbaren Ämtern und Positionen verbunden sind und wenn sie denjenigen, die am wenigsten begünstigt sind, am meisten zugute kommen.

Soziale (Un-)Gleichheit und Demokratie

Diese liberalen Weiterführungen in Richtung ökonomisch-soziale Komponenten haben besonders die – leider viel zu selten rezipierte – breite lateinamerikanische Debatte zum Verhältnis zwischen Demokratie und (Un-) Gleichheit inspiriert (ein guter Überblick findet sich bei Wehr 2006). Im Mittelpunkt steht hier oft das *Citizenship*-Konzept, dessen liberaler Kern der politischen Gleichheit um verschiedene weitere Dimensionen wie soziale oder kulturelle *Citizenship* angereichert werden soll. Ziel dieser Debatte – und teilweise bereits existierender politischer Praxis wie z.B. in Venezuela (Burchardt 2008) – ist der Versuch, über eine neue Aneignung und partizipatorische Aufladung des definitorisch immer umkämpften Konzeptes *Citizenship* die formalen politischen Rechten in reelle gesellschaftliche Inklusionschancen umzuwandeln (PNUD 2004b; Dagnino et al. 2006; Sandoval 2006).

Doch die der liberalen Theorie verbundenen Ansätze, ökonomisch-soziale Komponenten in die Demokratietheorie zu integrieren, sehen sich

mit einem immanenten Problemen konfrontiert: Sie gehen weiter von dem Individuum aus, welches primär eine Optimierung von Freiheitsgraden anstrebt. Die originäre Generierung von individuellen Talenten oder Kompetenzen findet für die liberale Theorie somit außerhalb des sozialen Handelns selbst statt. Die liberale Theorie hat kein Verständnis von der prägenden Kraft sozialer Gemeinschaften und Strukturen auf Habitus, Kompetenzen, Handlungen sowie Zielvorstellungen der Akteure. Sie ignoriert die soziologische Erkenntnis, dass individuelle Handlungen und auch die Entstehung von Talenten, Kompetenzen bis hin zu Lebensstilen zwar nicht ausschließlich, aber doch stark durch soziale Milieus geprägt wird. Denn die Frage von sozialer (Un-)Gleichheit wird meistens in sozialen Milieus und Feldern entschieden, die denen von der liberalen Theorie geforderten Institutionen der Verfahrensgerechtigkeit vorgelagert sind (Bourdieu 1982). Ein effektiver Abbau sozialer Ungleichheit müsste darum nicht primär über individuelle Ermöglichungen und die Demokratisierung von Zugängen, sondern durch die materielle Förderung und intellektuelle Stärkung subalterner Milieus und Gemeinschaften stattfinden.

Um dies in einem demokratischen Prozess und Dialog zu gewährleisten, müssen alle betroffenen Interessensgruppen nicht nur über politisch-rechtliche Gleichheit, sondern auch über die gleiche Ausstattung verfügen. Dies macht schon im Vorfeld institutioneller Politik eine materielle und ideelle Förderung von subalternen Gemeinschaften und Assoziationen schwacher Interessensvertretungen erforderlich, die die Wirkung vorhandener Machtasymmetrien neutralisieren helfen (Cohen 1995). Damit ist demokratische Partizipation immer auch an Umverteilung gekoppelt, so dass eine gleichberechtigte Teilnahme aller, eine *partizipatorische Parität* (Fraser 2003) am Entscheidungsprozess garantiert ist. Diese Positionen schließen an die früheren Auseinandersetzungen um die soziale Demokratie an (Marshall 1992), welche die Mitbestimmung in der ökonomischen Sphäre als ein demokratisches Recht hervorhoben und dem demokratischen Staat einen entsprechenden Auftrag zuweisen.

Folgen wir dieser Argumentation, könnte die Persistenz und Zunahme von sozialer Ungleichheit innerhalb liberaldemokratischer Regime in Lateinamerika durch Formen sozialer und politischer Ausschlussmechanismen erklärt werden, die bereits in sozialen Feldern wie Bildung und Ökonomie wirken, die den demokratischen Institutionen vorgelagert sind. Im Sinne Max Webers wäre das Ziel solcher Schließungsprozesse, die Zahl der Konkurrenten um spezifische Chancen, Güter oder Ressourcen geringzuhalten und somit die Unterordnung gesellschaftlicher Gruppen abzusichern. Innerhalb der demokratischen Institutionen selbst würden durch solche partielle Schließungen dann 'partizipative Disparitäten' generiert, die wiederum bereits existierende Ungleichheitsstrukturen festigen und ausbauen (Wehr 2007).

Aus einer solchen Schlussfolgerung ergeben sich zwei Fragestellungen, die weiterer empirischer Überprüfungen vorbehalten sind. Als *Erstes*: Wie wird in den für (Un-)Gleichheitskonstellationen und -politiken wichtigen Feldern – wie z.B. dem Steuersystem, der Bildung oder den Arbeitsbeziehungen – Ausschluss politisch organisiert und wie werden dabei vorhandene institutionelle demokratische Mechanismen unterlaufen? Stärker im Fokus sollten hier die für die Transitionsforschung nicht sichtbaren *non-democratic institutional arrangements* (Hagopian 1996) und s*ystems of private (or, better, privatised) power* (O'Donnell 1999a) stehen, die als heterogene, formelle wie informellen Macht- und Regelsysteme die demokratischen Regime durchdringen und politische Partizipation konterkarieren und verhindern. Denn informelle Partizipation, also bestimmende, nicht transparente, oft sozial exklusive Muster privater Einflussnahme wie Korruption, Klientelismus oder Nepotismus sind in politischen Regimen mit hoher sozialer Ungleichheit und extremer Armut oft endemisch (Berg-Schlosser/Kersting 2000). Eine macht- und herrschaftstheoretisch ausgerichtete empirische Analyse genau der Politikfelder, die auf die Generierung von sozialer (Un-)Gleichheit wichtigen Einfluss haben, verspricht darum einen Erkenntnisgewinn in bezug auf die Konvergenz zwischen Ungleichheit und Demokratie.

Dies führt direkt zur *zweiten* Frage: Welches sind die Akteure und sozialen Gruppen, die diese Ausschlüsse als partikulare Interessenpolitiken betreiben? In der einschlägigen Demokratieforschung werden schwerpunktmäßig zwei relevante Akteursgruppen analytisch ins Blickfeld genommen: Zum einen politische Eliten als Verbände, Parteien etc. oder Funktionseliten als rationale Interessensvertreter von gesellschaftlichen Subsystemen. Zum anderen werden oft subalterne Gruppen, soziale Bewegungen oder intermediäre – zivilgesellschaftliche – Organisationen als wichtige Akteure der Demokratie benannt. Bemerkenswert wenig Untersuchungen gibt es hingegen zu der sozialen Gruppe, die in Lateinamerika als *Vermögenselite* darstellbar ist.

Es ist unklar, ob und wie diese Gruppe politisch organisiert ist und welche Interessenpräferenzen sie verfolgt. Augenscheinlich ist allerdings das Vorhandensein ihres gesellschaftlichen und politischen Gewichts, konnte sie sich doch bisher allen Umverteilungspolitiken weitgehend entziehen; und dies zu einem gewissen Grad sogar unabhängig davon, welche politischen und ökonomischen Regime in den letzten Jahrzehnten die lateinamerikanische Landschaft prägten (de Ferranti et al. 2004). Einsichten darüber, wie den nationalen Vermögenseliten dies gelingen konnte und offensichtlich bisher auch weiter gelingt, verspricht aufschlussreiche Erkenntnisse für die Demokratietheorie und vermutlich auch für die politische Praxis – und das nicht nur in Lateinamerika.

Literatur

Ackerman, John M., 2006: Democratización: pasado, presente y futuro. In: Perfiles Latinoamericanos 14 , 28, S. 117-157

Aibar Gaete, Julio, 2007 (Hrsg.): Vox Populi – Populismo y democracia en Latinoamérica. Ciudad de Mexico

Arditi, Benjamin, 2005: Populism as an Internal Periphery of Democratic Politics. In: Panizza, Francisco (Hrsg.): Populism And The Mirror Of Democracy, London.

Berg-Schlosser, Dirk / Kersting, Norbert (Hrsg.), 2000: Armut und Demokratie. Politische Partizipation und Interessenorganisation der städtischen Armen in Afrika und Lateinamerika. Studien zur Demokratieforschung, Band 4, Frankfurt a. M. / New York

Boeckh, Andreas, 2003: The Painful Transition of a Rentier State: Globalization and Neopopulist Regression in Venezuela. In: Barrios, Harald / Beck, Martin / Boeckh, Andreas / Segbers, Klaus (Hrsg.): Resistance to Globalization, Münster

Boeckh, Andreas, 2001: Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus? In: Welttrends 29, S. 79-96

Bourdieu, Pierre, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.

BTI 2007: Bertelsmann Transformation Index 2008, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh

BTI 2005: Bertelsmann Transformation Index 2006, Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh.

Burchardt, Hans-Jürgen, 2008: Venezuelas neue Antworten auf die soziale Frage: Eine Perspektive für Lateinamerika? In: Lateinamerika Analysen, 19:1

Burchardt, Hans-Jürgen, 2006: Tiempos de Cambio: Repensar América Latina, San Salvador

Burchardt, Hans-Jürgen, 2004: Zeitenwende – Politik nach dem Neoliberalismus. Stuttgart

Carothers, Thomas, 2002: Debating the Transition Paradigm: A Reply to my Critics. In: Journal of Democracy 13:3, S. 33-38

Carreras, Sandra, 1999: Quince años en el laberinto democrático. In: Nueva Sociedad, 160, S. 29-46

CEPAL (Comisión Económica para América Latina), 2007: Panorama Social de América Latina 2007, Santiago de Chile

CEPAL 2006: Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe, Santiago de Chile

Cohen, Rogers, 1995: Associations and Democracy. The real Utopias Project. London

Collier, David / Levitsky, Steven, 1995: Democracy „with Adjectives": Finding Conceptual Order in Recent Comparative Research. Berkeley

Dagnino, Evelina / Olvera, Alberto / Panfichi, Aldo (Hrsg.), 2006: La disputa por la construcción democrática en América Latina. México D.F.

Dahl, Robert Alan, 2006: Politische Gleichheit - ein Ideal? Hamburg

Dahl, Robert A., 1989: Democracy and Its Crisis. New Haven / London

Dahl, Robert A., 1971: Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven / London

De Ferranti, David / Perry, Guillermo E. / Ferreira, Francisco H.G. / Walton, Michael, 2004: Inequality in Latin America: Breaking with History? Washington D.C.

Diamond, Larry / Linz, Juan J. / Lipset, Seymour Martin, 1995: Politics in Developing Countries: Comparing Experiences With Democracy. Boulder

Dirmoser, Dietmar, 2007: Zweierlei Linke an der Macht – Lateinamerika zwischen Reformpolitik und Radikalpopulismus. In: Berliner Republik 4, S. 58-67

Dirmoser, Dietmar, 2005: Transformation im Rückwärtsgang? Zur Krise der lateinamerikanischen Demokratie. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 2, S. 116-229

Evans, Peter B., ,1995: Embedded Autonomy: States and Industrial Transformations. Princeton.

Fraser, Nancy / Honneth, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontrovers. Frankfurt am Main

Harvey, David, 2005: A Brief History of Neoliberalism. Oxford. Deutsch: 2007, Kleine Geschichte der Neoliberalisierung, Zürich
Hyman, Gerald, 2002: Debating the Transition Paradigm: Tilting at Straw Man. In: Journal of Democracy 13:3, S. 26-32
Klarén, Peter, 1995: Lost promise: Explaining Latin American Underdevelopment: Ai Camp, Roderic (Hrsg.): Democracy in Latin America. Patterns and Cycles, Wilmington
Krischke, Paolo J., 2000: Problems in the Study of Democratization in Latin America. Regime Analysis vs. Cultural Studies. In: International Sociology 15:1, S.107-125
Lauga, Martín, 1999: Demokratietheorie in Lateinamerika. Die Debatte in den Sozialwissenschaften. Reihe Junge Demokratien, Systemwechsel und politische Entwicklung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa, Band 4, Opladen
Linz, Juan / Stepan, Alfred C., 1996: Problems of democratic transition and consolidation: Southern Europe, South America and post-communist Europe. Baltimore
Lynn Karl, Terry, 1996: Dilemmas of Democratization in Latin America. In: Camp, Roderic A.: Democracy in Latin America: Patterns and cycles, Jaguar, Wilmington
Madlener, Kurt, 1999: Die Justiz als Garantin der Menschenrechte in Lateinamerika: Die Unabhängigkeit der Justiz und der Richter. In: Ahrens, Helen / Nolte, Detlev (Hrsg.): Rechtsreformen und Demokratieentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt a.M.
Madrid, Raul L., 2005: Indigenous Parties and Democracy in Latin America. In: Latin American Politics & Society, 47: 4, S 161-179
Mainwaring, Scott, 2006: The Crisis of representation in the Andes. In: Journal of Democracy, 17: 3, S. 13-27
Hagopian, Frances/Mainwaring, Scott (Hrsg.), 2005: The Third Wave of Democratization in Latin Amercia: Advances and Setbacks. Cambridge
Marshall, Thomas H., 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt, New York
Merkel, Wolfgang et al.. (Hrsg.), 2003: Defekte Demokratien. Bd. 1, Opladen
Merkel, Wolfgang / Krück, Mirko, 2003: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Auf der Suche nach dem Zusammenhang. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Munck, Gerardo L., 2004: Democratic Politics in Latin America: New Debates and Research Frontiers. In: Annual Review of Political Science, 7, S. 437-462
Nodia, Ghia, 2002: Debating the Transition Paradigm: The Democratic Path. In: Journal of Democracy 13 :3, S.13-19
Nolte, Detlef, 2005: Lateinamerika: Politische Institutionen in der Krise? Brennpunkt Lateinamerika, 8:5. S. 89-104
Nolte, Detlef, 2000: Lateinamerikas Parteien zwischen Volatilität und Beharrung. In: Klaus Bodemer/Heinrich-W. Krumwiede/Detlef Nolte/Hartmut Sangmeister (Hrsg.): Lateinamerika Jahrbuch 2000, Frankfurt/M.
O'Donnell, Guillermo / Vargas Cullell, Jorge / Iazzetta, Osvaldo M. (Hrsg.), 2004: The Quality of Democracy: Theory and Applications. Notre Dame
O'Donnell, Guillermo, 2004: Human Development, Human Rights, and Democracy. In: Guillermo O'Donnell/Jorge Vargas Cullell/Osvaldo M. Iazzetta (Hrsg.): The Quality of Democracy: Theory and Applications. Notre Dame
O'Donnell, Guillermo, 2002: Debating the Transition Paradigm: In Partial Defense of an Evanescent "Paradigm". In: Journal of Democracy 13:3, S. 6-12
O'Donnell, Guillermo, 1998a: Polyarchies and the (un)Rule of Law in Latin America, Paper of LASA Congress, Chicago
O'Donnell, Guillermo, 1998b: Poverty and Inequality in Latin America: Some Political Reflections. In: Tokman, Victor E. / O'Donnell, Guillermo (Hrsg.): Issues and new Challenges Poverty and Inequality in Latin America. Issues and new Challenges, Notre Dame.
O'Donnell, Guillermo, 1994: Delegative Democracy. In: Journal of Democracy, 5, S. 55-70
Peruzzotti, Enrique / Smulovitz, Catalina, 2002: Controlando la Política. Ciudadanos y Medios en las Nuevas Democracias. Buenos Aires

Petras, James/Veltmeyer, Henry, 2000: The Dynamics of Social Change in Latin America. London
Pickel, Susanne / Pickel Gert, 2006: Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien und Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden
PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo), 2004a: La democracia en América Latina. Hacia una democracia de ciudadanas y ciudadanos, Buenos Aires: Aguilar, Altea, Alfaguara
PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo), 2004b: La democracia en América Latina. Contribuciones para el debate, Buenos Aires: Aguilar, Altea, Alfaguara
Portes, Alejandro / Hoffmann, Kelly, 2003: Las estructuras de clase en América Latina: composición y cambios durante la época neoliberal, CEPAL-Arbeitspapier, Santiago de Chile
Przeworski, Adam / Stokes, Susan / Manin, Bernard, 1999: Democracy, Accountability and representation. Cambridge
Rawls, John, 2007: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf. Frankfurt a. M.
Rawls, John, 2001: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.
Ruíz Murrieta, 2003: Democracia y participación política de los pueblos indígenas en América Latina, Gestión de las Transformaciones Sociales (MOST), Documentos de debate, 67, Paris
Sandoval, Luis Ortiz, 2006: Democracia sin ciudadanos: crítica de la teoría de la transición, In: Perfiles Latinoamericanos 14:28, S. 263-277
Schedler, Andreas, 1999: Conceptualizing Accountability. In: Schedler, Andreas / Diamond, Larry / Plattner, Mark (Hrsg): The Self- Restrianing State: Power and Accountability in New Democracies, Boulder / London
Schumpeter, Joseph, 1942: Capitalism, Socialism, and Democracy, New York
Sen, Amartya, 2003: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München
Steinhauf, Andreas, 2002: Die Unterdrückten als Protagonisten. Indígenas als neue politische Akteure im mittleren Andenraum, In: Bendel, Petra / Krennerich, Michael (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Analysen zu Lateinamerika, Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Band 57, Frankfurt a. M.
Thiery, Peter, 2006: Demokratie in Lateinamerika. Von der zweiten zur „dritten Transition"?. In: Birle, Peter et al. (Hrsg.): Demokratie und Entwicklung in Lateinamerika, Frankfurt /M.
Van Cott, Donna Lee, 2005: Building Inclusive Democracies: Indigenous Peoples and Ethnic Minorities in Latin American. In: Democratization, 12: 5, S. 820-837
Vilas, Carlos M., 2005: „La izquierda latinoamericana y el surgimiento de regímenes nacional-populares". In: Nueva Sociedad 197, S 84-99
Wehr, Ingrid, 2007: Decentering Citizenship: A genealogical attempt to construct a sociology of citizenship through Latin American Lenses, unveröffentliches Manuskript präsentiert auf dem XXVII LASA Kongress 2007: After the Washington Consenus: Collaborative Scholarship for a new America, 5.-8.9. 2007, Montréal
Weyland, Kurt, 1999: Populism in the age of neo-liberalism. In: Conniff, Michael L. (Hrsg.): Populism in Latin America, London
Whitehead, Laurence (Hrsg.), 1996: The International Dimensions of Democratization: Europe and the Americas. Oxford
Wollack, Kenneth, 2002: Debating the Transition Paradigm: Retaining the Human Dimension. In: Journal of Democracy 13:3, S. 20-25
World Bank, 2006: Poverty Reduction and Growth. From Vicious to Virtuous Circles, Washington D.C.
Yashar, Deborah J., 1999: Democracy, Indigenous movements, and the Postliberal Challenge in Latin America. In: World *Politics*, 52: 1, S. 76-104